

## → Die Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus (S. 462–490)

### 9.3 Die Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus

#### Konzentration auf die Grundfigur der ökonomischen Formierung

Der Ausgangspunkt der Marx'schen Forschungen liegt in der Erkenntnis, dass „die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei“ (MEW 13: 7 ff.). Mit dem Begriff „Anatomie“ klingt an, dass es hier nicht nur um eine „Basis“ geht, sondern um die zentrale, alles tragende und durch alles hindurchgehende, auch mit allem Tieferen verbundene Ebene gesellschaftlicher Praxis. Jetzt auf dem Niveau des 21. Jahrhunderts stellt sich die „bestimmte historische Form“ (MEW 26.1: 256 f.) fortgeschrittener Gesellschaftlichkeit in der Gestalt der sozialkapitalistischen Formierung dar. Insofern ist heute nicht nur die „Anatomie“, sondern auch die Anlage zur Mutation oder Transformation des schlecht Vorhandenen dort zu suchen und kann durch keine Emanzipationsrhetorik oder überfliegerische Ideen aufgewiesen werden.

Die entsprechende Analytik verlangt zunächst eine Vorverständigung über axiale Aspekte und die Gesamtkonfiguration der sozialkapitalistischen Formierung. Dazu kommt die Generalthese, dass in dieser Kernstruktur die Potenziale und Formanten einer alternativen Reproduktionsform und höheren Zivilisation bereits angelegt oder vorkonfiguriert sind. Insofern kann auch nur noch von einer *Übergangsgesellschaft* die Rede sein. Aus dem Vorwissen über die Kerngestalt der Kapitalwirtschaft als ein vermitteltes System gesellschaftlicher Arbeit, Reproduktion und Praxis ergibt sich ferner, dass die Sphären oder die Wertformen des „zinstragenden“ und „fiktiven Kapitals“ und damit auch das Bank-, Börsen- und Finanzwesen zunächst ausgeblendet werden müssen, obwohl diese Dimension der finanzkapitalistisch, auch mit dem „Fiatgeld“ von Notenbanken „bis zur äußersten Grenze“ hin „forcierten“ Kapitalökonomie, gegenwärtig am meisten zu schaffen macht (vgl. MEW 25: 457, 493-510).<sup>1</sup> Für eine wert-, reproduktions- und transformationstheoretische Analytik der „Wirtschaft der Gesellschaft“ kann aber weder {435} mit der Konzeption des „Kapitals im Allgemeinen“, noch mit einem Finanzkapitalismus oder gar der Analyse eines kapitalistischen „Weltsystems“ begonnen werden: Die Ausgangsbasis gesellschaftlicher Reformierung oder Umwälzung ist der bereits latenzhaltige Sozialkapitalismus, der sich noch im Griff der neoliberalen Ökonomie und im Netz weltkapitalistischer Wirkzusammenhänge befindet. Dessen elementare Strukturierung oder „Form“ muss zunächst gefasst werden.<sup>2</sup>

#### Die trinodale Struktur der sozialkapitalistischen Formierung

Die Ausgangsbasis oder das Grundgerüst der modernen, sozial-infrastrukturell hoch entwickelten, typisch sozialkapitalistischen Formierung weist eine bildlich gesprochen dreigliedrige oder

<sup>1</sup> Marx hat *grundsätzlich* angesprochen, was die Welt heute bewegt: „Das Kreditwesen beschleunigt die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts ... Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.“ (MEW 25: 457). Dem „Übel der bürgerlichen Gesellschaft“ sei „nicht durch Bankverwandlungen‘ oder Gründung eines rationellen ‚Geldsystems‘ abzuhelfen.“ (MEW 42: 69): Zum heutigen „Geld-, Bank- und Finanzwesen“ und zur „Finanzpolitik und neueren Geldtheorie“ folgen noch zwei Exkurse.

<sup>2</sup> In den üblichen „Periodisierungen“ (vgl. Hirsch 2001: 41, 46) fehlt die Formierung „latenzhaltiger Sozialkapitalismus“. Die Charakterisierung als „fordistische Formation des Nachkriegskapitalismus“ ist ganz unzureichend. In der neuen Strukturierung kommen wieder Züge eines „organisierten Kapitalismus“ zum Vorschein, die sich etwa in Roosevelts „New Deal“ ankündigte, jetzt aber auf dem Niveau moderner Infrastrukturgesellschaften und im weltkapitalistischen Zusammenhang.

„trinodale“ Struktur mit drei Prozessknoten auf. Diese verbindet den *Steuer-, Fiskal- und Sozialstaat*, den Bereich *industriewirtschaftlicher Warenproduktion* samt aus- oder angelagerter Dienstleistungen sowie einen – angenommen halb öffentlich, halb privat bzw. kapitalförmig betriebenen – Bereich *gesellschaftlicher Arbeit und Produktion*, in dem die *allgemeinen und gemeinsamen*, administrativen, sozial-infrastrukturellen und kulturellen Grundlagen oder das zivilisatorische Gehäuse der modernen Wirtschaft und Gesellschaft reproduziert werden. Der Begriff der „sozialwirtschaftlichen Dienste“ für diesen Bereich soll einen noch näher zu klärenden Form- oder Wesensunterschied gegenüber der industriewirtschaftlichen Warenproduktion bezeichnen. (vgl. Müller 2010: 176 ff.). Er macht so darauf aufmerksam, dass man hier mit einem Verhältnis zwischen zwei Formen oder Abteilungen der gesellschaftlichen Arbeit und Reproduktion zu tun hat. Der Staat spielt in dieser elementaren Konzeptualisierung die Rolle einer durch Steuern und Abgaben, öffentliche Haushalte, durch Subventionen und Investitionen, Eigenbetriebe, Interventionen und Regulierungen vermittelnden Zentralinstanz. Er ist vor allem im öffentlichen Bereich selbst in wirtschaftlichen Institutionen aktiv.

Die umrissene Konfiguration des volkswirtschaftlichen Zusammenhangs geht über den Ansatz von Marx hinaus.<sup>3</sup> Dieser hatte nicht ins Auge fassen können, inwiefern sich aus persönlichen Dienstleistungen oder nicht mehrwertproduzierender, insofern „unproduktiver Arbeit“ beispielsweise des Lehrers, des Arztes oder Verwaltungsbeamten ein riesiges Feld gesellschaftlich notwendiger Arbeit und der Produktion sozial-infrastruktureller Grundlagen der Gesellschaft entwickeln würde: Ein ganzes Erziehungs- und Bildungswesen, [436] Wissenschaft und Forschung, öffentliche Dienste auf den Feldern der Staats-, Arbeits-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturverwaltung, die Institutionen des modernen Wohlfahrts- und Gesundheitswesens. Diese Strukturierung begegnet auch auf der Ebene der Stadt- bzw. Kommunalverwaltung, des „lokalen Staats“, mit Zuständigkeiten für „sozialwirtschaftliche Dienste“ für das gesellschaftliche Leben vor Ort in allen Dimensionen, sozusagen von der Wiege bis zur Bahre.

Marx hatte einen rein waren- oder industriewirtschaftlichen Reproduktionszusammenhang modelliert. Der bahnbrechende Kerngedanke war dabei, dessen „innere Gliederung“ durch die Unterscheidung zwischen den „Abteilungen“ für Produktionsmittel alias konstantes Kapital und Konsumtionsmittel zu veranschlagen: Auf dem sozialkapitalistischen Niveau ergibt sich jetzt darüber hinaus und ganz analog eine Unterscheidung von industriewirtschaftlicher Warenproduktion, mit diesen Abteilungen oder besser Dimensionen als Ganzer, und den sozialwirtschaftlichen Diensten, die durch den Steuer- und Sozialstaat vermittelt werden und wiederum durch den Austausch von Waren bzw. Leistungen mit der anderen Hauptabteilung verbunden sind. Dieses Szenario stellt die „innere Gliederung“ und das in sich zurückkehrende Prozessganze des modernen Wirtschaft dar und bildet so den entscheidenden Ansatzpunkt für eine weitere Praxisanalytik.

Die neue Konfiguration hatte sich in der interimistischen Periode zwischen den 1890er- und den 1940er-Jahren vorbereitet. In einer ehemals populären Sichtweise schien die fortlaufende Selbstveränderung der kapitalistischen Formierung über eine fordistische Phase hinaus auf eine sogenannte Dienstleistungsgesellschaft hinauszulaufen. Entsprechende strukturelle Verschiebungen sind offenkundig, ließen aber dennoch keine „postindustrielle“ oder „Dienstleistungsgesellschaft“ oder dann gar Informations- oder „Wissensgesellschaft“ entstehen: Bereits der Pionier Daniel Bell, der den Begriff der „nachindustriellen Gesellschaft“ prägte, hatte eingeräumt, dass es sich bei seinen Kennzeichnungen um „axiale Prinzipien“ oder „neue Dimensionen“ der gesellschaftlichen Strukturierung handelt, die als solche aber nicht die „gesellschaftliche Gesamtkonfiguration“ ausdrücken. In diesem Sinne stellt der „Sozialkapitalismus“ jetzt ein entsprechendes „analytisches Konzept“ dar, um anhand „axialer Strukturen“ und „Trends“ die „verwirrende Vielfalt“ der Erscheinungen des Wandels zu ordnen (Bell 1979: 9, 127 ff., 363).<sup>4</sup> Der Mangel des üblichen wissenschaftlichen Zugangs zu der ganzen Problematik lag und liegt hier allerdings darin, dass das

<sup>3</sup> Marx hat die Rolle des Staates, des Steuersystems und diverser öffentlicher Aufgaben, auch die Problematik von Staatsschulden und der Bildung fiktiven Kapitals in verschiedenen Partien erwogen, blieb damit aber auf dem Boden der industriekapitalistischen Konfiguration und ihres „besteuernden Staates“, der etwa einen Teil des Mehrwerts für relativ beschränkte Zwecke requiriert (vgl. Gassmann 2013).

<sup>4</sup> Bells Werk ist eines der ehrlichsten und reflektiertesten in seiner Zeit und gehörte wie Marx und Engels „Deutsche Ideologie“ oder „Der eindimensionale Mensch“ von Marcuse zum Urstoff von Soziologiestudierenden.

Wesentliche nicht aus rohen Vorstellungen von einem „Wirtschaftskreislauf“, wirtschaftsstatistischen Größenverhältnissen und Trends kenntlich wird, sondern eine möglichst „reine“ Praxisanalytik ökonomischer *Formbildungen* und darüber hinaus eine definitiv *transformationstheoretische* Fragestellung erfordert. So gesehen stellen die „sozialwirtschaftlichen Dienste“ eine im Verhältnis zur industriewirtschaftlichen Warenwirtschaft wesensverschiedene, dazu komplementäre ökonomische Formbildung dar.

Die Felder oder Dimensionen jener „Dienstleistungen“ sind der sozialkapitalistischen Formierung in jeweils spezifischer Weise ein- und angelagert. So wäre es unsinnig, unternehmensnahe oder industriewirtschaftlich ausgelagerte Dienstleistungen, auf der anderen Seite den öffentlichen oder „sozialwirtschaftlichen Diensten“ ein- oder nebengelagerte oder schließlich gar private „Dienstleistungen“ für Haushalte, bei der {437} Untersuchung zu vermengen. Die Problematik zeigt sich auch bei Finanzdienstleistungen, die hier zunächst nicht interessieren und aus einer höheren Perspektive zum Teil auch unproduktiv, parasitär oder eben überflüssig sein mögen.

Ähnlich wie der Begriff „Dienstleistungsgesellschaft“ beruht die Vision einer Informations- oder „Wissensgesellschaft“ auf der Verabsolutierung eines bestimmten Aspekts: Die sozialkapitalistische Praxisformierung und ihre Prozessualität wird durch die überall hindurch gehende, tendenziell totale Informatisierung nicht aufgehoben, sondern beschleunigt und intensiviert. Besonders die Super-Novität des Internets oder digitale Techniken und Programmierungen bis hin zu selbstlernenden, insoweit quasi intelligenten Systemen sind geeignet, phantastische Projektionen und Zukunftshoffnungen zu beflügeln. Das Internet wurde zum wirkmächtigen Medium weltökonomischer und weltkultureller Entwicklung, ist aber ebenso Medium für Verwertung, Entmündigung und soziale Kontrolle wie eine zukunftssträchtige gesellschaftliche Infrastruktur und Instrument befreiender gesellschaftlicher Praxis: Ein Beispiel für die Konstitution „widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis“, insofern auch für den „great civilising influence of capital“ (MEW 42: 323).

Dass in dieser Tendenz, jetzt infolge der digitalen Revolution oder aufgrund „nachhaltiger“ Ersatzinvestitionen, die kapitalwirtschaftlichen Modalitäten überschritten werden könnten, ist jedenfalls eine der unhaltbaren Vorstellungen in der Denkrichtung „Postkapitalismus“.<sup>5</sup> Stattdessen wäre dem „Aberwitz des technologischen Lösungsdogmas“ der Kampf anzusagen und darüber nachzudenken, „wie wir Demokratie, Kreativität und Selbstbestimmung retten können“ (Morozov 2013).

Das Bild der sozialkapitalistischen Formierung als Ausgangsbasis gesellschaftlicher Weiterentwicklung wäre unzureichend, würde nicht betrachtet, wie sich die dreiecksartige, trinodale Konfiguration in der vertikalen Dimension ausgefaltet hat: In diesem Denkbild erscheint die moderne Gesellschaft als eine föderativ und subsidiär strukturierte *kommunale Gesellschaft*. Aus eigenen Vorstudien ergab sich die „kommunal verfasste urbane Praxis“ als eigentliche Basis des gesellschaftlichen Lebens oder Lebensraum, der im Verhältnis zu der sozialkapitalistischen Formierung als Ganzes eine analoge, selbstähnliche sozio-infrastrukturelle Strukturierung aufweist: Neben der lokal oder regional ansässigen Wirtschaft finden sich Kindergärten, ein öffentlicher Nahverkehr, Schulen, Finanzämter, Gewerbekontrollen, Pflegeheime, Theater und eine kommunale Selbstverwaltungsorganisation mit einer Stadtregierung.<sup>6</sup> Die Idee einer {438} kommunalen Gesellschaft, einer vor Ort möglichen „kulturellen Strategie“ oder gar „permanenten kulturellen Revolution“, welche die Alltäglichkeit grundlegend verändert (Lefebvre 1972: 263 ff.), ist insofern keineswegs veraltet. Die Bedeutung des Themas im Kontext der sozialkapitalistischen Entwicklung wird unterstrichen durch die explosive Entwicklung urbaner Strukturen im Weltmaßstab, auch durch die Slums oder etwa Megacities im „urbanen Millennium“.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Dass etwa „Technologie uns in die Lage versetzt, eine Gesellschaft zu erschaffen, in der die meisten Produkte, die wir konsumieren, kostenlos sein werden“ (Mason 2016), ist grober Unsinn und ein Hype mehr in einer bodenlosen Debatte.

<sup>6</sup> Siehe auch die detaillierte Untersuchung über „Das Sozialwirtschaftliche im Kontext gesellschaftlicher Praxis“ (Müller 2019d: 12). Pikettys „Sozialstaat für das 21. Jahrhundert“, sein Rekurs auf den „öffentlichen Sektor“ handelt im Grunde von nichts anderem (Piketty 2014a: 627-660, bes. 644).

<sup>7</sup> Das Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen bzw. UN-Habitat „for a better urban future“ veranschlagt, dass bereits heute mehr als die Hälfte der Menschen in städtischen Räumen leben. Bis Mitte des 21. Jahrhunderts könnten es viel mehr sein.

Was hier „Sozialkapitalismus“ genannt wird, beruht also auf einer spezifischen Konzeptualisierung und ist nicht einfach das, was man sich bei dem Begriff „Sozialstaat“ oder unter einem „demokratischen Kapitalismus“ vorstellt. Die Konnotation „Sozial“ führt in die Irre, wenn damit einfach der sogenannte Wohlfahrtsstaat oder Sozialdienste im engeren Sinne assoziiert werden: Sozialwirtschaftliche Dienste sind so sehr infrastrukturell, dass man jetzt auch schon, wie früher von der „Dienstleistungsgesellschaft“, von einer „Infrastrukturgesellschaft“ und deren systemischer Relevanz spricht: „Wo immer in den letzten 150 bis 200 Jahren von Entwicklung die Rede war, wurde darunter vornehmlich das Vorhandensein von mehr oder weniger gut ausgebauten Infrastrukturen verstanden“ (Van Laak 2018: 10, 282 ff.; vgl. Müller 2019d). Die gesellschaftliche, in diesem Fall sozialkapitalistische Konfiguration ist also nicht einfach empirisch oder statistisch abzugreifen. Wie sonst auch, sind die politisch-ökonomischen Kategorien hier gesellschaftlich-historisch bestimmt: Wer definiert, was marktwirtschaftlich produziert oder aber öffentlich angeboten werden soll, was zum Überleben oder zum guten Leben in einer Gesellschaft nötig ist?

Die „Konstruktion“ gesellschaftlicher Wirklichkeit hat bei aller Bestimmtheit der Formen und der Formierung auch eine Möglichkeitsdimension. Gesellschaftliche Realität kann insofern nur praktisch-perspektivisch, im Sinne einer „Konzeptualisierung“ gefasst werden, deren Grenzen in *objektiv-realen Verhältnissen der Praxis* liegen.<sup>8</sup> Und bei allen zunächst unüberwindbar scheinenden Eigentums-, Aneignungs- und Machtverhältnisse bleibt wahr, dass auch die „jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus“ (MEW 23: 16) ist. So kann dieser auch *wissenschaftlich* nur praktisch entschieden, mit Blick nach vorn gefasst oder begriffen werden. In diesem Sinne möchte ich die konstitutiven Formanten der trinodalen Reproduktion {439} zunächst separat untersuchen.

### Von der Staatsmaschinerie zum koaktiven Sozialstaat

Für Marx war der Staat im Wesentlichen ein politischer Staat, und Staat und Finanzen rückten politisch-ökonomisch erst im Laufe des 20. Jahrhunderts deutlicher ins Blickfeld. Die Entwicklung wird auch durch Pikettys Befund illustriert, dass „die Pflichtabgaben in sämtlichen Ländern des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg weniger als 10 % des Nationaleinkommens ausmachen“ und so im Wesentlichen zur Erfüllung der „zentralen hoheitlichen Aufgaben“ ausreichen, „sehr viel mehr auch nicht“ (Piketty 2014a: 632). Während Rudolf Hilferdings „Das Finanzkapital“, in Verlängerung der herkömmlichen, kapitalorientierten Denklinie, das Konzept eines Monopolkapitalismus finanztheoretisch ausbuchstabierte, entwickelte Rudolf Goldscheid 1917 die unorthodoxen Thesen seiner „Finanzsoziologie“: „Mit der Struktur des Haushaltes des Staates und der anderen öffentlichen Körper, die zusammen das unendlich differenzierte föderative Gebilde des Gemeinwesens ausmachen, entscheidet sich darum das Ganze der gesellschaftlichen Ökonomie“ (Goldscheid 1976: 264, 315).

Die hellsichtige These von Goldscheid hätte seither in das Stammbuch jedes Politökonomen gehört, wurde marxistisch aber nicht nachhaltig rezipiert.<sup>9</sup> Bis in die späten 70er dominierte der grundagentheoretische Ansatz einer „Staatsableitung“, das heißt einer Ableitung der sogenannten Formbesonderung des Staates im Verhältnis zu der im Grunde weiterhin industriekapitalistisch gedachten Reproduktionsformierung. Der Staat, der sich in der Realität zunehmend als Interventionsstaat zeigte, wurde so vor allem als politisch-ökonomisches Hilfsorgan der Klassenherrschaft im Monopolkapitalismus diskutiert. Damals verwies Baran/Sweezy einschlägige Analyse zur „Absorbierung des Surplus“ (Baran/Sweezy 1967: 114 ff.) durch „zivile Ausgaben der Regierung“, vor allem aber durch „Militarismus und Imperialismus“, eher auf die Situation in Amerika. Es hieß dann - fast ein halbes Jahrhundert nach Goldscheid, und nachdem auch dessen Zeitgenosse Schumpeter, mit Verweis auf „Goldscheids Verdienst“ die Problematik einer „Krise des Steuerstaates“ und die konstitutive Bedeutung des Finanzwesens aufgegriffen und historisch wie systemtheoretisch reflektiert hatte: „Die starke Ausweitung der Aktivitäten des Staates {440} im

<sup>8</sup> Im ersten Hauptteil, bei der Besprechung von G.H. Mead wurde erläutert: „Begreifendes Erkennen ist Praxiskonzeptualisierung auf objektiv-realem Grund und dabei mitvermittelt durch den konzeptiv ausgreifenden Charakter und den universellen Horizont menschlicher Praxis.“ Die Vorstellung von Praxis als „Machen“, ebenso wie die Kategorie der „Widerspiegelung“, sind dagegen ganz unzureichend.

<sup>9</sup> Krätke weist darauf hin, dass O'Connor „allein auf Rudolf Goldscheid als theoretischen Vorläufer“ verweist, diesen Bezug aber nicht weiter vertieft. (vgl. Krätke 1977: F.11).

Reproduktionsprozess des Kapitals ... bildet die Grundlage für die aktuelle Diskussion über die Rolle des Staates.“ (Läpple 1973: 27, 55).

Jenseits der Anläufe zur Rekonstruktion und Aktualisierung einer marxistischen Staatstheorie wurde die Staats- oder Sozialquote, die heute in allen kapitalwirtschaftlich entwickelteren Gesellschaften 40 % bis 60 % ausmachen mag (Müller 2001a: 918 f.), zum auffälligen Indikator der realen Entwicklung. Die frühere Einschätzung der Größenordnung wurde durch Pikettys Studien bestätigt: „Es bleibt aber festzuhalten, dass die Pflichtabgaben heute fast überall in Europa mindestens knapp die Hälfte des Nationaleinkommens ausmachen ...“ (Piketty 2014a: 631 ff.).<sup>10</sup> Eine marxistische Staatstheorie, die sich wenig um das Haushalts- und Finanzwesen kümmerte, konnte kaum einen Blick für das von Goldscheid ins Auge gefasste, „unendlich differenzierte föderative Gebilde des Gemeinwesens“ entwickeln.

Im institutionellen Geflecht dieser Staatlichkeit und in deren Haushaltswesen reflektiert sich so gut wie das gesamte Ensemble gesellschaftlicher Praxis, das wirkliche Leben auf allen Gebieten. Schumpeter kam dem nahe: „Die Finanzen sind einer der besten Angriffspunkte der Untersuchung ... insofern alles, was geschieht, sich in der Finanzwirtschaft abdrückt“ (Schumpeter 1976: 332; vgl. Sturn 2018). Einen Fortschritt markierte O'Connors große Untersuchung „Die Finanzkrise des Staates“, die auch auf Goldscheid und Schumpeter verweist und bemüht ist, sich bei der „Haushaltsanalyse“ strikt im kategorialen Rahmen „der marxistischer Wirtschaftstheorie“ zu halten. Krätke fasst zusammen: Es handelt sich um eine „Theorie des ökonomischen Wachstums“ unter Einbeziehung der Rolle der Staatsausgaben. O'Connor konzipierte einen öffentlichen Sektor und seine „Budgetanalyse“ führte zur Prognose einer permanenten Staatsfinanzkrise infolge der „Sozialisierung von wachsenden Teilen der privaten Reproduktions- und Akkumulationskosten.“ (Krätke 1977). „Der Umstand der Vergesellschaftung dieser Kosten und der privaten Aneignung {441} der Profite schafft eine Finanzkrise bzw. eine ‚strukturelle Lücke‘ zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben“ (O'Connor 1974: 20). Der Forschungs- und Diskussionsstand zu der seit Goldscheids Thesen anhängigen Problematik wurde in den 90ern noch so bilanziert: „Es existiert keine Theorie, die die Entwicklung der Staatsausgaben stringent aus dem politischen und ökonomischen System ableiten kann. Auch die Wirkungsanalyse von Staatseinnahmen und -ausgaben steht trotz kompliziertester Modelle erst in den Anfängen ... Die angestrebte Wiederbelebung der Finanzsoziologie ... hat bisher nicht stattgefunden“ (Ambrosius 1990: 107).

Am Ende hat die sozialkapitalistische Realität vormalige staatstheoretische Debatten überholt und dazu geführt, dass das Verhältnis von „Wirtschaft, Staat und Staatshaushalt“ direkt im Ausgang einer Betrachtung zum „Staatshaushalt im Wirtschaftskreislauf“ untersucht wurde. So zeichnet sich immerhin die Möglichkeit einer „alternativen Finanzpolitik“ ab, die in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Ruf agieren könnte: „Reclaim the Budget – fordert die Budgethoheit“! In den Fokus rückte damit die föderale und kommunale Dimensionierung der Staatlichkeit und Fragen der Steuer- und Abgabepolitik, der Gestaltung öffentlichen Eigentums und der Bereitstellung öffentlicher Güter, der sozialen Sicherung, sogar die brennenden Probleme im Verhältnis zwischen der nationalen und der europäischen Staats- und Finanzhaushaltung (Leibiger 2010). All das baut freilich auf überlieferten Konzeptualisierungen auf und mündet so in die kritische, marxkeynesianische Perspektive einer sozial verträglicheren Moderation des Ganzen. Gerade solche Versprechen erweisen sich aber mit Blick auf den finalisierenden Charakter und Krisenmodus der Kapitalökonomie im 21. Jahrhundert als kaum haltbar. Die jetzige Situation erfordert daher den Schritt zu einem explizit transformationstheoretischen Ansatz.

In dieser Perspektive lautet das vorläufige Resümee: Der moderne Sozialstaat ist in der Tat eine „fundamentale „Errungenschaft des 20. Jahrhunderts“ (Piketty 2014a: 642 ff., 697). Pikettys Memento bezüglich „unvollendeter Gleichheit“ und anhaltenden Machtasymetrien, die vor allem in Eigentums- und Einkommensverhältnissen wurzeln (Piketty 2020a: 611 ff., 1206), stellt aber keine reproduktionstheoretische Modellierung dar. In dieser Hinsicht ist zunächst die ökonomisch konstitutive, zentral moderierende und intervenierende, auch gestalterische Rolle des modernen Sozialstaats im umgreifenden gesellschaftlichen Reproduktionsprozess von Bedeutung.

---

<sup>10</sup> Für die USA gibt Piketty 30 %, für Schweden fast 55 % an. Als Übergangsgesellschaft sind die USA folglich zivilisatorisch unterentwickelt. Der relativ hohe Anteil der Ausgaben für militärische sowie sicherheits- und geostrategische Zwecke unterstreicht dies noch. Dem kontrastiert das in Europa am weitesten entwickelte „Skandinavische Modell“ als „Erfolgsmodell“ (Heintze 2013).

Diese beruht praktisch vollständig darauf, ob und wie das Steuer-, Haushalts- und Fiskalsystem geordnet ist und funktioniert. Eine politische „Staatsmaschinerie“ kann man das jetzt nicht mehr nennen. Ich spreche daher von einem „koaktiven Sozialstaat“. Dieser stellt eine aktiv-kooperative {442} Vermittlungsinstanz, einen mächtigen Mediator und Interventionisten sowohl in Bezug auf die Sphäre der industriewirtschaftlichen Warenproduktion wie für die Abteilung des Öffentlichen oder Sozialwirtschaftlichen dar und durchformt zugleich das alltägliche Leben auf allen Feldern der Verwaltung und Politik bis hinunter zur basalen, kommunalen Ebene. Dem zufolge handelt es sich heute auch nicht nur um einen „sozial regulierten Kapitalismus“ (Bischoff 2009: 20), sondern um eine definitiv neue Konfiguration des Systems gesellschaftlicher Arbeit, Reproduktion und Praxis, um die im Verhältnis zum Industriekapitalismus reifere, höher vergesellschaftete Formierung eines „Sozialkapitalismus“.<sup>11</sup>

Die Rolle des Staates auf dem Entwicklungsniveau und im Zusammenhang der sozialinfrastrukturell und kommunal geprägten, sozialkapitalistischen Formierung bezeugt, dass er keineswegs einfach als „Gesamtkapitalist“ fungiert. Zwar besteht die Tendenz, den modernen Staat als „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 1995: 101 ff.) zu trimmen, aber auch das ist, wie sich im Fortgang zeigen wird, nicht die ganze Wahrheit.<sup>12</sup> Für die spätere, nähere Untersuchung, auch mit Blick auf einen „finalisierenden Aggregatzustand“ der Kapitalwirtschaft, soll zunächst dies festgehalten werden: Für die sozialkapitalistische Formierung wurde ein Phänomen auffällig, „das in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern während der 1970er Jahre auftrat. Seit 1971 wurden Haushaltsdefizite, die insbesondere mit ‚wachsenden Sozialausgaben‘ zusammenzuhängen schienen, zum Dauerzustand“ (Krätke 2009: 132, 134). Schließlich kommt es im Zusammenhang der Coronakrise, durch die Auflage enormer Stützungs- und Entwicklungsprogramme, weltweit zu einer Explosion der Staatsschulden. Dieser atypische Sprung lenkt in gewisser Weise ab:

Für den koaktiven Sozialstaat als zentrale ökonomische Vermittlungsinstanz scheint die wachsende Verschuldung ein grundsätzliches, „ehernes Strukturproblem“ zu sein (Hickel 1976: 17). Dieses hat sich infolge des staatlichen Handelns in der Banken- und Finanzkrise von 2008 erheblich gesteigert<sup>13</sup> und potenziert sich jetzt noch. Hier deutet sich eine noch nicht zureichend geklärte Bruchlinie an. Goldscheid schon {443} in seiner Zeit ahnungsvoll: Der „verschuldete Steuerstaat“ verweist auf „eine viel tiefer liegende Unzulänglichkeit der Gesellschaftsform“, einen Bruch des „Gebälkes unserer Gesellschaft“ (Goldscheid 1928: 330). Die Bedeutung der Angelegenheit bricht schließlich in der Gegenwart wieder auf: Der letzte Abschnitt in Pikettys früherer Untersuchung gilt der „Frage der Staatsschuld“ mit dem Hinweis, „dass die Industrieländer mit einer Staatsschuld, die im Durchschnitt fast ein jährliches Nationaleinkommen beträgt, einen seit 1945 nicht mehr gekannten Verschuldungsgrad erreicht haben“ (Piketty 2014a: 737): Die finale, kapitallogische Konsequenz wurde bereits vor der jetzigen Pandemie in der europäischen Situation sichtbar: Es ist die Verwandlung des „Sozialstaats“ in ein Austeritätsregime für Millionen Menschen, dessen Legitimität in den Augen der Betroffenen zunehmend schwindet.<sup>14</sup>

Die weitere Untersuchung wird zeigen, dass Hickels Verweis auf ein „ehernes Strukturproblem“ der Wahrheit näher kommt als Pikettys These, dass die „öffentliche Schuld nicht eine Frage des absoluten Reichtums, sondern seiner Verteilung ist“ (Piketty 2014a: 737). Piketty erklärte in seiner vormaligen Publikation, man könnte oder sollte das Problem permanenter Haushaltsdefizite und der

---

<sup>11</sup> Der Begriff verweist so auf den historischen theoretischen „Lag“ der marxistischen politischen Ökonomie. Dies auch insofern, als es sich um eine – bezüglich der heute gesuchten Systemalternative – bereits ‚latenzhaltige‘ Formierung handelte, also nicht nur um irgend einen Regulationstyp oder „Spätkapitalismus“.

<sup>12</sup> „Die Funktionslogik des nationalen Wettbewerbsstaates beruht also, etwas überspitzt ausgedrückt, in der alle sozialen Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit, deren Grundlage die Profitabilität von ‚Standorten‘ für ein international immer flexibler werdendes Kapital ist. Es geht um die umfassende Mobilisierung der Bevölkerung für einen ‚Wirtschaftskrieg‘, der dann am ehesten zu gewinnen ist, wenn sich die Nation selbst als kapitalistisches Unternehmen begreift.“ (Hirsch 1995: 109).

<sup>13</sup> „Es ist eine trügerische Ruhe, die vor dem nächsten Ansturm. Denn nie war der internationale Schuldenberg größer als heute, er beträgt nach Berechnungen des Weltverbands der Banken rund 200 Billionen Dollar, bald das Dreifache dessen, was in allen Ländern zusammengenommen weltweit im Jahr erwirtschaftet wird – und er wächst.“ (SZ/Wirtschaft am 31. Juli 2017).

<sup>14</sup> Ein Fachmann zum exemplarischen Thema „Hartz IV und die Folgen“ hat weiter gehend recherchiert: „Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland.“ (Butterwegge 2019).

überbordenden Staatsverschuldung durch ein steuer- und finanzpolitisches Großmanöver, etwa mit Hilfe einer außerordentlichen, pauschalen Eigentumsbesteuerung (Piketty 2014a: 741 ff., 763) auf ein funktionelles Normalmaß reduzieren, um das „europäische Sozialmodell“ (Piketty 2014a: 769) wieder handlungsfähig zu machen: Die Frage ist nicht nur, ob das unter den bestehenden, ziemlich widrigen Umständen überhaupt durchsetzbar wäre:<sup>15</sup> Zugrunde liegt, wie auch bei Pikettys weiter gehenden Ideen für einen „partizipativen Sozialismus“ (Piketty 2020), die Grundidee einer weit reichenden Umverteilung. So bliebe aber wiederum das kapitalwirtschaftliche System, das ja die Mittel wunschgemäß generieren soll, als solches nicht grundsätzlich angefochten.

Man kann in Pikettys Angriff gegen die bestehende, horrende Ungleichheit eine richtige und wichtige Richtungsanzeige sehen und dem aus einer anderen Sicht auch noch etwas anderes abgewinnen: Ein „fiskalischer Haircut“ könnte sich in kommenden, systemischen und gesellschaftlichen Großkrisen als probates Mittel einer umfassenderen Politik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation erweisen. Das verlangte allerdings ein Wissen über die Konstitution einer wirklichen Systemalternative.

### Unproduktive Arbeit und die sozialwirtschaftlichen Dienste

{444} Marx hatte die industriekapitalistische Formierung zunächst als eine Totalität konzipiert und in diesem Zusammenhang die Form der „Ware“ auf unübertroffene Weise analysiert. Mit Bezug auf diesen ökonomischen Grundtatbestand dechiffrierte er das Naturell des „Kapitals“, das in diesem ganzen Wirtschaftsbetrieb wie ein „sich verwertender Wert“ erscheint. Er konnte beim Entwurf seines Reproduktionsszenarios mit guten Gründen nahezu vollständig von der sogenannten „unproduktiven Arbeit“ (MEW 42: 198) abstrahieren: Als solche gilt eine Dienstleistung „zu unmittelbarem Konsum“, die rein durch einen Abzug aus anderweitig, etwa kapitalwirtschaftlich erzielt, persönlichen Einkommen oder „Revenu(e)“ (MEW 42: 380) finanziert wird. Sie schafft im Unterschied zur Lohnarbeit, die in den Kontext der industriewirtschaftlichen Reproduktion eingespannt ist, keinen Kapitalwert. Marx polemisierte gegen die übliche Verkennung und Vermischung der Formunterschiede, indem er die Arbeit der „Hure“ und des „Papstes“ als Beispiel nannte (MEW 26.1: 157). Die Kategorie „unproduktiver Arbeit“ existiert aber auch auf gesamtgesellschaftlicher Stufenleiter: Die Arbeit der staatlichen Verwaltungsangestellten oder im öffentlich finanzierten Straßenbau war logischerweise ebenso zu klassifizieren. Diese stellt aus der Praxisperspektive der Kapitalwirtschaft auch wirklich eine Belastung dar und kann keine Quelle von Mehrwert sein. Marx sondierte das System gesellschaftlicher Arbeit noch weiter: Auch die Familien- oder Hausarbeit, welche die arbeitende „Masse der Gesellschaft“ dauernd „für sich selbst verrichtet“, ist unmittelbar „unproduktive Arbeit“ (vgl. MEW 26.1: 136 ff.).

Alles läuft darauf hinaus, dass jene „unproduktive Arbeit“ aus der ursprünglichen Kapitalanalyse zunächst herausgehalten werden konnte und musste. In Bezug auf das hier interessierende Öffentliche und vor allem auf staatlich finanzierte Infrastrukturproduktionen war die Annahme maßgeblich, solches würde auf Dauer mehr oder weniger in das Gravitationsfeld der Kapitalwirtschaft hineingezogen. In einer theoretischen „Abschweifung“ (MEW 42: 431-440) folgerte Marx: „Übrigens der Staat selbst und was drum und dran hängt, gehört zu diesen Abzügen“ von den Einkommen, gehört also sozusagen zu den „Konsumtionskosten für den einzelnen, den Produktionskosten für die Gesellschaft“. Zu dem, was wie die „Staatsdiener“ so „drum und dran hängt“, werden auch aus Steuern finanzierte Tätigkeiten zur Herstellung der „allgemeinen Bedingungen der Produktion“ gezählt. Die weitergehende Annahme war, dass die „allgemein nützlichen Arbeiten“, etwa der Ausbau von Verkehrs- und Kommunikationsmitteln, künftig nicht aus der Regierungskasse {445} finanziert, sondern weitgehend in die Domäne des Kapitals übergehen und etwa von Aktiengesellschaften übernommen werden würden (MEW 42: 437).

So lag der Gedanke fern, dass an die Stelle der unproduktiven Dienste von „Arzt und Schulmeister“, welche als übliche „Produktionskosten“ oder „Reparierkosten“ der Arbeitsvermögen dann im Marktwert der Ware Arbeitskraft enthalten sind, einmal ein aus Steuern und Abgaben finanziertes, hoch entwickeltes Bildungs-, Erziehungs-, Administrations- und Gesundheitssystem werden würde, ausgestattet mit enormen Investivmitteln alias konstantem Kapital und einer quasi

<sup>15</sup> Vermögensteuern im eigentlichen Sinn gibt es nur noch in Norwegen, Spanien und der Schweiz. Die meisten entwickelten Staaten haben ihre Vermögensteuern abgeschafft. Die Diskussion hält an, aber es zeichnet sich ab, dass Reichtumsteuern keinesfalls geeignet sind und ausreichen würden, um Staatsdefizite auszugleichen.

fabrikmäßigen Organisation. Erst für eine künftige Gesellschaft erwartete Marx eine große Ausdehnung der gesellschaftlichen Fonds für „Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc.“, was also „zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist“ (MEW 19: 19). „Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt“. Was Marx derart im Hinblick auf eine Systemalternative antizipierte, kam mit der sozialstaatlichen oder sozialkapitalistischen Entwicklung tatsächlich auf die Tagesordnung.

Genauer besehen unterminierten eine ganze Reihe von Trends die ursprüngliche, industriekapitalistisch geprägte Modellierung der Ökonomie: Die fortwährende Ausdehnung der staatlich oder gesamtgesellschaftlich durch Steuern und Sozialbeiträge vermittelten Infrastrukturproduktionen und Wohlfahrtsleistungen<sup>16</sup>, die relative Ausdehnung gesellschaftlicher Arbeit neben oder außerhalb der unmittelbaren Industriearbeit, also die Ausfaltung riesiger Felder der Verwaltung, Erziehung und Bildung, Kommunikation, Wissensproduktion, Gesundheit, Umweltpflege sowie wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung. Auch an die Kontingente freier, unbezahlter, gleichwohl notwendiger oder nützlicher gesellschaftlicher Arbeit ist letztlich zu denken. Die politisch-ökonomisch entscheidende Frage lautet, ob in den vorder- oder untergründigen Verschiebungen im gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang „axiale“ (Bell 1979: 112) Aspekte erkennbar sind, die eine veränderte Formierung bedeuten.

{446} Die marxistische Sichtweise bezüglich der Kapitalwirtschaft und der wirtschaftlichen Rolle und Einflussnahme des *Staat*es *des Kapitals* blieb bis in die 70er mehr oder weniger traditionell. Weitergehende Untersuchungen führten dann dazu, Marx'sche Gedanken in Auseinandersetzung mit bürgerlichen Infrastrukturtheorien auszubuchstabieren und moderat zu aktualisieren. Man konzentrierte sich auf die „allgemeinen materiellen Produktionsbedingungen“, für Marx z.B. Eisenbahnen, Kanäle, Wege, Wasserleitungen als „verbindende Ader(n)“ (MEW 42: 620) der Kapitalwirtschaft. Van Laak hat dazu unter dem Titel „Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur“ außerordentlich informativ recherchiert (van Laak 2018). Bei Marx blieben subjektive Produktionsbedingungen, ebenso „geistige Produktion“, „wissenschaftlich-technische Forschung“ und „allgemeine äußere Bedingungen“ wie die staatliche Verwaltung noch ausgeklammert (Läpple 1973: 114).

Eine andere Studie bezog die Erstellung allgemeiner Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft ein, also das „Sozial- und Gesundheitswesen, allgemeines Bildungswesen, Erholungseinrichtungen usw.“ und stellte sogar ein Input-Output-Schema für die Verflechtungen zwischen einem staatlichen Sektor und den klassischen Wirtschaftsabteilungen vor. Das Hauptaugenmerk gilt aber am Ende Fragen der Kapitalakkumulation (Semmler 1977: 277-307). In neuerer Zeit wurde der Schematismus früherer „Staatsableitung“ kritisiert, aber der öffentliche Sektor weiter als lediglich „abgeleiteter Bereich“ des Gesamtreproduktionsprozesses behandelt. Der Aufweis, dass es auch mit Blick *hinter* die Systematik und die Größen der VGR mit den Marx'schen Konzeptualisierungen im Grunde seine Richtigkeit habe, führt nicht wirklich weiter. Das vorgelegte monetäre Kreislaufschema von „Wertschöpfung, Umverteilung und Endverbrauch“ macht das Bestehende vielleicht transparenter, stellt aber im eigentlichen Sinne keine weiterführende Wert- und Reproduktionsanalytik dar (Krüger 2010: 659-700, 682).

Zur Charakterisierung öffentlicher Güter bemerkt Krüger, ähnlich O'Connor, dass es sich bei den „versorgungs-, infrastrukturellen und sozialen Zwecksetzungen“ sogar um einen „viel mehr“ gesellschaftlichen oder politischen als ökonomischen Tatbestand handelt (Krüger 2010: 677 ff.; O'Connor 1974). Für die Methodologie einer praxiswissenschaftlichen Analytik ist dieser Aspekt fundamental: Er besagt im Grunde, dass ein empirischer Zugang, der rein von gegenwärtigen Quantifizierungen und gängigen Definitionen der Tatbestände ausgeht, keine Ausgangsbasis für das zu lösende Problem, nämlich die Überwindung der kapitalwirtschaftlichen Formenbildungen und Reproduktionsordnung darstellt.

---

<sup>16</sup> Die theoretisch vertrackte Frage, ob und in welchem Sinne der Staat „überhaupt“ (Brümmerhoff 2007: 19 ff.) produziert, wurde schließlich statistisch-pragmatisch so beantwortet, dass diese Produktion „nach den Regeln der VGR“, also der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die „Produktion aller Sachgüter und Dienstleistungen des Staates“ umfasst. In Deutschland ist das Statistische Bundesamt (StBA) für diese zentrale Wirtschaftstatistik entsprechend dem immer wieder verbesserten „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG 1995) zuständig.



{447} Bei näherem Hinsehen gehört zur Formbestimmtheit „öffentlicher Güter“ alias „sozialwirtschaftlicher Dienste“ eine gesamtgesellschaftliche finanzielle Vermitteltheit und eine damit einhergehende, auch juristische Steuerungs- und Gestaltungsmacht der Zentralinstanz. Weiterhin ein allgemein zugänglicher oder wirkender Charakter der Leistung, eine möglicherweise sogar unmittelbar kostenfreie, vielleicht gebührenpflichtige Nutzung und mit dem Zugang verbundene Rechtsansprüche. Schließlich heißt es: „Das Land kann diese Dienste ... als solche nicht exportieren.“ (MEW 26.1: 136). Die zumeist gebrauchten Begriffe „Daseinsvorsorge“ oder „Grundversorgung“ lenken von der volkswirtschaftlich konstitutiven, lebenserhöhenden und zivilisatorischen Bedeutung dessen ab, wovon hier die Rede ist: Es handelt sich um ein theoretisches wie praktisches „Schlachtfeld öffentliche Daseinsvorsorge“ (Steinhardt 2017; vgl. Flassbeck 2018: 352 ff.).<sup>17</sup> Sozialwirtschaftliche Dienste können auf Soziales im engeren Sinne und auf die Sicherung gesellschaftlicher Existenzgrundlagen zielen, aber ebenso auf Interventionen und Investitionen in die gesamtwirtschaftliche Konfiguration, auf sozialökologische Alternativen und gesellschaftliche Emanzipation.<sup>18</sup> So sind sie nicht mehr einfach „unproduktiv“ oder werteverzehrend, sondern als volkswirtschaftlich wertschaffend zu begreifen.

Aus einer umfassenden Dokumentation des institutionellen Feldes des Öffentlichen eines großstädtischen Raumes<sup>19</sup>, in der sich die grundlegenden Strukturierungen der gesamtgesellschaftlichen Praxis reflektieren, ergab sich ein Resümee: Alle üblichen, beispield führenden oder definitorischen Bestimmungsversuche auf dem komplexen Gebiet des Sozialwirtschaftlichen sind unzureichend. Jene Hervorbringungen oder Besorgungen gelten den „allgemeinen, gemeinschaftlichen“ (MEW 42: 439) {448} Reproduktions- und Existenzbedingungen, umfassen deren subjektive<sup>20</sup>, sachhafte, institutionelle oder ideelle Momente - sie konstituieren bildlich gesprochen die Basis oder das Gehäuse der modernen Zivilisation (vgl. Müller 2019d). Es handelt sich um eine *eigene ökonomische Formbildung*, die sich bei angemessener Modellierung als eine *Hauptabteilung im System gesellschaftlicher Arbeit und Reproduktion* darstellt. So gefasst handelt es sich um eine neue Grundkategorie auf dem Gebiet der Wissenschaft der politischen Ökonomie.

Tatsächlich hat die Formbildung der *industriewirtschaftlichen Ware*, deren Untersuchung Marx kultivierte, in der Form der *sozialwirtschaftlichen Dienste* ihr Gegenstück. Es ist ein widerspenstiges Komplement, das so im Grunde durch die Vermittlung des Staates existiert und in allen entwickelten Gesellschaften als komplexes, empirisches Massiv von administrativen, sozial-infrastrukturellen und kulturellen Einrichtungen und Leistungen begegnet. Die Bereitstellung digitaler Kommunikationsinfrastrukturen und Dienste spielt dabei eine besondere und auch problematische Rolle. Jedenfalls kann die kapitalwirtschaftliche Warenproduktion nicht existieren ohne diese ihre Alterität oder Alternative der sozialwirtschaftlichen Dienste. Der grundlegende Zusammenhang, die „innere Gliederung“ oder historische Konstitution und Typik der sozialkapitalistischen Formierung beruht im Wesentlichen auf dieser Konfiguration, die in der empirischen Realität des Wirtschaftslebens in vielfältigen Variationen zutage tritt.

Politisch-ökonomische Begriffs- und Funktionsbestimmungen für das Öffentliche wie „abgeleitet“ oder „unproduktiv“ spiegeln eher die praktisch-bornierte Sichtweise besorgter Kapitalwirte: Die Beschäftigten, die in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit ihren 13 Fachbereichen organisiert sind, verstehen das hier Gemeinte vermutlich besser. In theoretischer Hinsicht ist auffällig, dass es weder marxistisch noch sozialstaatstheoretisch oder gar {449} liberalistisch einen treffenden Gesamtbegriff oder eine eigentliche Formanalytik gibt, sondern eher unvollständige Klassifizierungsversuche und immer neue Beispieldführungen (O'Connor 1974; Streeck 2013a: 104 f.;

<sup>17</sup> Eine Arbeit über die „Leitung und Planung der kulturell-sozialen Bereiche“ in der DDR rechnet zu dieser zivilisatorischen Dimension die Wohnungswirtschaft, das Gesundheits- und Sozialwesen, das Bildungswesen, Kultur und Kunst, das Erholungswesen und den Tourismus sowie Körperkultur und Sport (Hahn 1984).

<sup>18</sup> Bei einer „Neuentfaltung des Begriffs“ der Commons oder „Gemeingüter“ (Helfrich 2012) geht alles durcheinander und in einer Gemeinwohrrhetorik und „Erzählung von sozialer Gerechtigkeit“ unter, so als habe es nie eine Wissenschaft der politischen Ökonomie oder die Notwendigkeit der Produktion in einer bestimmten Reproduktionsform gegeben, bevor es etwas zur kollektiven Aneignung gibt.

<sup>19</sup> Eine empirische Institutionendokumentation auf lokaler Ebene bildete die Grundlage für eine sehr konkrete, umgreifende Registratur zur neuen Kategorie „sozialwirtschaftliche Dienste“ (vgl. Müller 2010b: 177 Fn.48; 2019d).

<sup>20</sup> Marx bemerkt sogar: „Dies capital fixe being man himself“ (MEW 42: 607).

Piketty 2014a: 635 ff.). Üblicherweise wird die Bedeutung der Angelegenheit unter dem Stichwort „öffentliche Investitionen“ diskutiert. Oder „Öffentliche Infrastrukturen“ werden als „Zukunftsaufgabe“ im Hinblick auf das „Gemeinwohl“ und wird die Problematik ihrer Auslieferung an Finanzmärkte erkannt (Mattert 2017). In diesen Zusammenhang fällt auch die Wiederentdeckung einer Entrepreneurship des Staates und wird gegen den primitiveren liberalistischen Mainstream gewendet: „Bei den meisten radikalen, revolutionären Innovationen, die den Kapitalismus vorangetrieben haben, ... von Eisenbahnen über das Internet bis aktuell zur Nanotechnologie und Pharmaforschung, kamen die frühesten, mutigsten und kapitalintensivsten unternehmerischen Investitionen vom Staat.“ (Mazzucato 2014). Der Rezensent bemerkt dazu: „Die Wirtschaft brauche mehr Staat und nicht weniger fordert die Autorin, nur so seien Probleme wie etwa der Klimawandel und die Energiewende in den Griff zu bekommen.“ (SZ/Politik am 16.12.2014): Auch daraus ergibt sich hier die Schlussfolgerung, dass die *Form* der sozialwirtschaftlichen Dienste auch im Bereich der industriewirtschaftlichen Warenproduktion instituiert und auf bestimmte Weise zur Geltung gebracht werden kann: Etwa wenn eine Produktion mit Blick auf die „allgemeinen, gemeinschaftlichen“, neuerdings auch „systemrelevanten“ Belange von Staats wegen oder direkt durch „Staatsbetriebe“ aufrecht erhalten werden soll.

In Marx' Begriff der „allgemeinen, gemeinschaftlichen Bedingungen der Produktion“ oder des gesellschaftlichen Lebens, die im Prinzip aus der „Regierungskasse“ bestritten werden, verbirgt sich noch ein weiterer, ausschlaggebender Aspekt der Formbestimmtheit: Der Verwendungszusammenhang oder die Nützlichkeit von Waren sind im Hinblick auf den *Verwertungszweck* im Grunde völlig beliebig oder gleichgültig, was auch der Flexibilität oder einer anlagemäßigen Universalität der kapitalwirtschaftlichen Produktionen zugrunde liegt. Dem gegenüber beinhalten sozialwirtschaftliche Dienste Produkte oder Leistungen, die allgemeine oder gemeinschaftliche Existenzbedingungen der Wirtschaft und eines sozial-räumlich bestimmten Gemeinwesens betreffen und nicht beliebig vermehrbare Waren für einen letztlich weltoffenen Markt.<sup>21</sup> Daher stellt die sozialkapitalistisch [450] formierte Wirtschaftsgesellschaft einen wesentlich selbstbezüglichen, durchaus national-ökonomischen Zusammenhang dar, der lokale, regionale und gesamtgesellschaftliche Ebenen und Strukturierungen aufweist. So löst sich das Volkswirtschaftliche keineswegs in jener Praktizität der waren- und kapitalökonomischen Weltwirtschaft oder des Weltsystems auf, mit der es dennoch mehr oder weniger intensiv vernetzt ist.

Das unabdingbare Erkenntnisziel einer dialektischen „Sozioökonomik“ besteht darin, für diese Praxisformierung andere Lösungen zu finden als ein permanentes Krisenmanagement für *die* Wirtschaft, die weitergehende Privatisierung und Funktionalisierung des Öffentlichen zu Diensten der Kapitalverwertung, als eine weiter vorangetriebene Umgründung der Wirtschaftsgesellschaft als Austeritätsregime und Wettbewerbsstaat im Weltaktionsraum international agierender Konzerne und Finanzagenturen, als letztendliche Ausrichtung als Währungs- und Wirtschaftskriegspartei. In der Tat: Wirtschaft [...] ist eine menschliche und soziale Schöpfung, die durch individuelles, aber auch durch soziales Handeln bestimmt ist und eine Institution darstellt, die durch kollektives Handeln geformt werden kann (Mikl-Horke 2015: 123). Um herauszufinden, was da realiter Neues werden kann, gibt es aber keinen anderen Weg als eine an die sozialkapitalistische Konfiguration neu ansetzende Praxisanalytik, um der „im Schoße“ des Bestehenden vermuteten, oder als „reale Latenz“ existierenden Alternative oder anders gearteten Wirtschaftsweise auf die Spur zu kommen. Das wirtschafts- und gesellschaftsgeschichtliche Milieu, aus dem dies herausführen soll, ist aber wesentlich bestimmt durch die - aus der immer widersprüchlichen Praxisformierung erwachsenden - finalisierenden, soll heißen auf ein Ende zutreibenden Grund- und Krisentendenzen der sozialkapitalistischen Formierung.

---

<sup>21</sup> Man kann diese Dienste *als solche* nicht exportieren (MEW 26.1: 136). Aber sie können „unter das Kapital subsumiert“ werden, so wie man aus einer Universität, einem Autobahnverkehrsnetz oder aus Haftanstalten, ja selbst aus ganzen Gemeindeverwaltungen Privat- bzw. Kapitalanstalten machen kann. Auf diese Weise entstehen schräge und pervertierte Gestaltbildungen des Sozialwirtschaftlichen, etwa die Gesundheit „als Ware“. Sagt man allerdings nur, dass *Gesundheit eigentlich keine Ware* sei, was jeder nicht idiotisierte Mensch spürt, so ist damit nicht begriffen, was sie denn positiv, als ökonomische Formbildung ist und welche Bedeutung das hat.

### Die finalisierende Tendenz der kapitalistischen Formierung

Die industriewirtschaftliche Warenproduktion samt unternehmensnahen Dienstleistungen bildet das dritte oder in prozessualer Hinsicht auch erste, übergreifende Glied der sozialkapitalistischen Reproduktionsordnung. Welche Tendenzen und Wandlungen deuten in diesem Kontext auf eine finalisierende Entwicklung hin, also auf Entwicklungsschranken und ein letztendliches Scheitern?<sup>22</sup> Die eigentlich entscheidende Wandlung liegt, wie sich noch zeigen wird, in der erst im 20. Jahrhundert „im Schoße“ des Bestehenden wirklich andrängenden, positiven Alternative. Die jetzt erörterte finalisierende Tendenz oder Dekadenz der kapitalistischen Formierung als solcher bereitet der Geburt des Neuen allerdings den Weg und macht einen Durchbruch erst möglich:

Im Zuge der sozialkapitalistischen Entwicklung, die für Marx so nicht absehbar war, führten die Triebkräfte der [451] Verwertungswirtschaft, beschleunigt im fortgehenden 20. Jahrhundert, bis zu den jüngsten informatisch-technischen Umwälzungen. Es handelt sich um einen vierten Innovationsschub, nach der Mechanisierung mit Hilfe der Dampfkraft, den technischen Umwälzungen nach 1870 bis hin zur fordistischen Fließband- und Massenproduktion sowie der im 20. Jahrhundert fortschreitenden Automatisierung. Marx hatte jene Entwicklung zum „automatischen System der Maschinerie“ und die damit einhergehende Tendenz zur Verringerung der unmittelbaren Industriearbeit sowie Vermehrung entsprechender wissenschaftlicher und qualifizierter, planender und steuernder Arbeit (MEW 42: 592, 600 f.) bereits ahnungsvoll antizipiert. Nicht absehbar war, dass diese Entwicklung im 21. Jahrhundert zu einer universellen Informatisierung oder digitalen Revolution und damit auch zu einer entsprechenden Umorganisation der Prozess- und Betriebsabläufe, des wirtschaftlichen Verkehrs und der Kommunikation sowie in der Dimension gesellschaftlicher Selbststeuerung weiter treiben würde. Das alles geht zwingend einher mit der Entwicklung der „allgemeinen, gemeinschaftlichen“ (MEW 25: 274) sozialinformatischen Infrastruktur mit hoch verdichteten Mobilfunknetzen, transozeanischen Kabeln und Serverfarmen in Kälteregeonen. Es steigert sich die gesellschaftliche Bedeutung der sozial-infrastrukturellen Dienste auf den Feldern des Wissens, der Bildung und der Wissenschaft, insbesondere auch der naturwissenschaftlich-informationstechnischen Forschung und Innovation.

Alle diese Veränderungen wirken im Sinne der kapitalistischen Grundtendenz „zur absoluten Entwicklung der Produktivkräfte“ (MEW 25: 268), führen also auch zu permanenten Produktivitätssteigerungen im Zusammenhang des kapitalwirtschaftlichen Akkumulations- und Wachstums-zwangs. Dieser impliziert die enorme Steigerung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, des Massendurchsatzes in der Produktion und Massenausstoßes in die Konsumsphäre, untrennbar verbunden auch mit der Häufung von Abfällen, Umweltfolgen und entsprechend wachsenden gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Dabei bestimmt nicht nur der systemeigene Produktivismus, sondern ebenso ein korrespondierender, allgegenwärtiger Waren- und Medien-Konsumismus die Arbeits- und Lebenswelt. Dem gegenüber erscheint „die geistige und gefühlsmäßige Weigerung mitzumachen [...] als neurotisch und ohnmächtig“ (Marcuse 1989: 29). In der vormaligen Boom- und Expansionsphase hat diese Entwicklung zur relativen Ruhigstellung der immer mehr oder weniger spannungsgeladenen Betriebsgemeinschaft von „Lohnarbeit und Kapital“ geführt und eine gewisse Stabilität garantiert. Jetzt sieht es so aus, dass der neue Informations- oder „Überwachungskapitalismus“ zusätzlich über entsprechende „Verhaltensmodifikationsmittel“ (Zuboff 2019: 26) verfügt und die „Souveränität des einzelnen“ sowie die „Möglichkeit von Demokratie“ untergräbt.

---

<sup>22</sup> Marx' problematische Extrapolation zur „Geschichtliche(n) Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“ versteht sich aus der Beschränktheit des zugrunde gelegten industriekapitalistischen Szenarios sowie den auf drei Seiten kurzerhand hineingepackten politischen Intentionen (MEW 23: 789-791): Diese Tendenz kann sowieso nur auf dem Niveau des vollendeten Weltmarkts eruiert werden, und dies lag definitiv noch „außerhalb des Plans“ (MEW 25: 839). In welche Richtung Marx' weitergehende Forschungen weisen und die Reise auch wirklich geht, zeigen vor allem die fragmentarischen Kapitel zur „Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion“ (MEW 25: 451-457), zum Thema „Überakkumulation“ bzw. „Überproduktion von Kapital“ (261-270) oder auch zu den - der tendenziellen Gefährdung der Profitrate oder des Wachstums - „entgegenwirkenden Ursachen“ (242-250). Die nachfolgenden Überlegungen setzen im Grunde auf dieses inzwischen erreichte globale Niveau auf. Die Überlegungen von Craig Calhoun zur Frage „Was den Kapitalismus heute bedroht“ (in Wallerstein 2014: 163-202) bringen das ganze Weltpanorama vor Augen.

Vom take off des Booms in den 50ern bis zur nachhaltigen Erschütterung des Fortschritts Glaubens hat es eine Weile gedauert. Es wurde schließlich unübersehbar, vor Ort und dann mit Blick von außen auf das Raumschiff Erde: Der Betrieb der großen Verwertungsmaschine tendiert nicht nur dazu, die arbeitenden Menschen einzupassen und ihre Arbeits- und Lebenswelt unablässig umzugestalten, sondern zugleich dazu, alle erdenklichen Ressourcen der endlichen, {452} planetarischen Welt des Menschen auszuplündern und diese durch Exkremente der Produktion und massenhaften Endabfall - von Plastik in der Tiefe der Meere bis zu Satellitenschrott im erdnahen Raum - nach und nach zu überlasten und zu zerstören. Dass die Kapitalwirtschaft derart ziemlich unsozial und unökologisch dahin tendiert, „die Erde und den Arbeiter“ zu „ruinieren“, war bereits von Marx ergründet worden (MEW 23: 528 ff.; MEW 25: 782, 784).<sup>23</sup> Die Entwicklung geht jetzt progressiv dahin, dass die natürlichen, ökologischen Existenzbedingungen der Wirtschaft und Gesellschaft ausgelautet und destruiert werden: Der Klimawandel gibt dazu nur das auffälligste, vielleicht weltwirksamste Signal. So wächst angesichts aller Konversionsanstrengungen und der Sisyphusarbeit für mehr „Nachhaltigkeit“ das ratlose Unbehagen.

Eine zunehmende Erschwernis kommt dadurch herein, dass die gewohnte Externalisierung von Kosten - etwa die Abwälzung von Krankheitsfolgen auf das Gesundheitssystem, die Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft alias Agrarindustrie auf die öffentliche Wasserversorgung und die Naturgrundlagen, oder auch der kapitalwirtschaftlich produzierte Klimawandel - auf Grenzen und zunehmenden Widerstand stößt. Der sozial-infrastrukturelle Einsatz für Gesundheit und Umwelt wächst wiederum, oder die Kosten fallen auf die Verursacher auf verschiedenen Wegen zurück. Es gibt jedenfalls diese und andere, letztlich globale, „strukturelle Langzeittrends“, die es für die Kapitalisten zunehmend schwierig machen, „unablässig Kapital anzuhäufen“ (Wallerstein u. a. 2014: 31 ff.).

Einer dieser Langzeittrends ist mit dem Einsatz arbeitssparender und kapitalintensiver Technik verbunden und bildet sich wertwirtschaftlich in hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals ab, sichtbar an enorm gesteigerter Sachkapitalausstattung sowie relativ vermindertem unmittelbarem Arbeitseinsatz. In den kommenden Jahrzehnten wird die Digitalisierung diese Entwicklung noch enorm beschleunigen. Die Vermehrung „ $C + \Delta C$ “ (MEW 25: 262), die heute ebenso die Ausrüstung der sozialwirtschaftlichen Dienste betrifft, wirkt negativ auf die Profitrate. Die Tendenz wird kenntlich im zunehmenden Gewicht des „capital fixe“<sup>24</sup>, dessen Produktivität unmittelbar wirkt, während sich die Abschreibung der Investitionsmassen über Jahre und Jahrzehnte erstreckt. Diese Entwicklung des „fixen Kapitals“, die eng mit wissenschaftlich-technologischer Prozessorganisation und einer finanzkapitalistischen Vermittlung des enorm ausgewachsenen Betriebs verbunden ist, suchte bereits Marx als Reifungszeichen zu deuten: Das Kapital arbeitet nicht zuletzt damit „an seiner eignen Auflösung als die Produktion beherrschende Form“ (vgl. MEW 25: 269; MEW 42: 596). Die gleichzeitige, große Tendenz zur Verringerung und Einsparung von Arbeitszeit, die Schaffung von „social disposable time“, an die sich im 20. Jahrhundert große Hoffnungen knüpften, erscheint der kapitalwirtschaftlichen Praxis entsprechend allerdings „gegensätzlich“ oder bewegt sich in „Widersprüchen“: Sie erscheint in Gestalt von Stress und Überarbeit einerseits, andererseits in einem ausgedehnten Freizeit- und Lebenszeitvolumen, {453} vor allem aber in Gestalt chronischer Prekarität und Arbeitslosigkeit.

Die ständig nötigen Ersatzinvestitionen erfolgen auf dem jeweils technologisch fortgeschrittenen Stand automatischer Systeme und verstärken im „Wachstum“ die Tendenz zur Frei- oder besser Aussetzung von Arbeitskräften und damit verbundener relativer Stagnation der Massenkaufkraft. Das drängt noch mehr in die Richtung, dass entwickelte Ökonomien sich auf einen Austausch innerhalb der Abteilung für Produktionsmittel verlegen und so zur Akkumulation um der Akkumulation willen tendieren, also zu hypertrophierender Technizität, Investition und „Überakkumulation“. Dabei wird die Massenkaufkraft zusätzlich durch die extrem ungleiche

<sup>23</sup> Ein halbes Jahrhundert Gehirnwäsche hat die heute wieder protestierende junge Generation von diesen Denkgrundlagen abgeschnitten und Ideen eines nachhaltigen Kapitalismus, eines „Green Capitalism“ oder eines „Green New Deal“ befördert: Der historische „New Deal“ war Ausdruck eines „organisierten Kapitalismus“, nichts sonst. Und jetzt? „There is no possible solution to our global ecological crisis within the framework of any conceivable capitalism.“ (Smith 2016).

<sup>24</sup> „... es zeigt die Entwicklung des capital fixe den Grad der Entwicklung des Reichtums überhaupt an oder der Entwicklung des Kapitals“ (MEW 42: 602).

Verteilung geschwächt. Der Nachweis einer dynamischen, „endlosen Ungleichheitsspirale“ in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen (Piketty 2014a: 627) oder die Signatur eines „Ungleichheitsregimes“ ergänzt und bestätigt den Eindruck gesellschaftlicher Dekadenz.<sup>25</sup> Die säkulare Tendenz besteht daher in der Tat darin, dass nur noch niedrige Profit- oder Wachstumsraten<sup>26</sup> erzielt werden können, dass die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen um sich greift und ein relevanter Teil der Bevölkerung überflüssig gemacht und einer relativen Verarmung preisgegeben wird.

Im Ganzen beinhaltet die „widersprüchliche Praxis“ der kapitalwirtschaftlich dominierten Reproduktionsformierung die Anlage zu fortschreitenden Disparitäten, erschütternden Konjunkturen und immer neuen Krisenbrüchen. {454} Insofern war die für die kapitalistische Entwicklung bedeutende, Ende der 70er von Reagan und Thatcher vorangetriebene wirtschaftspolitische Wende, die von einer keynesianischen Moderation des Wirtschaftslebens zu einem hayekschen Liberalismus führte, der Versuch einer Umformatierung der Systemkonfiguration, um die im Sozialstaatlichen latente, geahnte Alternative (vgl. Heintze 2013) präventiv zu blockieren und die bedrohte politisch-ökonomische Stabilität wieder zu gewährleisten. Als Ausweg aus der Problemkonstellation bot sich, neben kompensatorischen Methoden auf dem eigenen Acker<sup>27</sup>, eine Reduzierung der Steuerleistung von Unternehmen und höheren Einkommen, ein Rückbau öffentlicher Dienstleistungen und Sozialsysteme und schließlich die Übernahme des Öffentlichen per „Privatisierung“ an – eine „US-Amerikanisierung der Sozialstruktur“ (Butterwegge 2020). Colin Crouch hat die „wesentlichen Veränderungen im Rahmen der neoliberalen Hegemonie der achtziger Jahre“ analysiert, die in die Konstellation einer „Postdemokratie“ (Crouch 2008: 123-129) münden. Die „wachsende Ungleichheit“ hat Konsequenzen bezüglich der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse im demokratischen Kapitalismus, wobei das „Outsourcing öffentlicher Dienstleistungen“ (Crouch 2019: 50 ff.) eine besondere Rolle spielt.

Diese Landnahme im Innern, die forcierte Integration sozialwirtschaftlicher Dienste in die Verwertungszone, geht gerne mit der Verwandlung der Bürger des Sozialstaats in sogenannte Kunden einher und verwandelt öffentliche Infrastrukturen und Leistungen bis hin zum Rentensystem in ein Spielfeld für Finanzinvestoren. Aber auch diese Angelegenheit ist zwiespältig: Die „Privatisierung“ widerspricht grundsätzlich der ökonomischen Form und dem sozialen Zweck der sozialwirtschaftlichen Dienste<sup>28</sup> und provoziert daher Proteste und Gegeninitiativen. Die negativen Effekte, eine „Krise der Privatisierung“, führen zu Forderungen nach „mehr Staat und weniger Markt“, nach einer „Rückkehr des Öffentlichen“ und „Rekommunalisierung“, nach „Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik“: Der neoliberale Idiotismus, selbst wo er auf der Regierungsbank sitzt, kann eine „praktische Vernunft“ der Menschen nicht ganz ausschalten und diese auf Dauer über ihre Lebensinteressen täuschen. Und die Gesamtsituation der Kapitalwirtschaft kann durch die Privatisierung des Öffentlichen nicht stabilisiert werden: Die Kapitalisierung sozialwirtschaftlicher Dienste, die - wie etwa das Bahn-, Straßen- und Nahverkehrssystem - häufig einen zunächst kaum ermessenen, enormen Kapitalstock aufweisen, zwingt auf längere Sicht zur entsprechenden Kostenverrechnung, belastet somit die Massenkaukraft wie die Vorkosten der komplementär verbundenen Industriewirtschaft {455} und beansprucht den Fonds des gesellschaftlich verfügbaren Mehrwerts.

Der nächstliegende Ausweg aus der aufgewiesenen Problemlage führte die Kapitalwirtschaft immer stärker in den Export und letztlich zum Eintritt in die Phase der finanzkapitalistisch forcierten

<sup>25</sup> Piketty resümiert, dass die wachsende Einkommens- und Vermögensschere und Konzentration des Reichtums „offenbar außer Kontrolle geraten ist“ (Piketty 2020a: 1186). Der Kapitalismus oder „Hyperkapitalismus“ stellt sich ihm dar „als die Erweiterung des Proprietarismus im Zeitalter der Großindustrie, der internationalen Finanzmärkte und heute der Digitalwirtschaft.“ (Piketty 2020a: 813 ff., 1192).

<sup>26</sup> Korrelativ und paradoxerweise bedeutet dies, dass trotz der „digitalen Revolution“ seit den 70ern nur noch geringe Produktivitätssteigerungen von wenig mehr als einem Prozent gemessen werden können.

<sup>27</sup> Die Überproduktion sucht sich Ventile in aberwitzigen Investitionsprojekten, beschleunigtem Modenwechsel und künstlichem Produktverschleiß, in hypertropher technologischer Aufrüstung und wiederum provozierter Veraltung, in Forschungs-, Rüstungs-, Kriegs- und Weltraumabenteuern usw.

<sup>28</sup> Der Sonderbericht 09-2018 des Europäischen Rechnungshofs titelt milde: „Öffentlich-private Partnerschaften in der EU: Weitverbreitete Defizite und begrenzte Vorteile.“ Der Wahrheit näher kommt „Staat im Ausverkauf“ (Engartner 2016).

Globalisierung: Bei inländischer Tendenz zur Sättigung und Stagnation, mit Marx gesprochen bei relativer „Überakkumulation“ und „Überproduktion“<sup>29</sup> bietet sich umso mehr an, das überbordende Mehrprodukt, das im Inland nicht mehr gewinnbringend investiert werden kann, durch internationalen Austausch auf Gegenseitigkeit zu realisieren. Durch diese Art der Inwertsetzung im internationalen Austausch kann produktives Mehrkapital wiederum in ausländische Anlagensphären, sei es bei Entwickelten oder in unterentwickelte Regionen investiert werden und konsumtiver Mehrwert sich in Luxuskonsum und Vermögensanhäufung umsetzen.

Die neoliberale Globalisierung gewann ihre durchschlagene Kraft aus dieser repetierenden, naturgemäß extrem expansiven Kapitalfunktionalität. Diese wirkte und wirkt in gewisser Weise immer noch wie ein Goldesel für die Kapitalwirtschaft. Zu dieser These wird man bei Marx - über Gliederungspunkte des nicht realisierten Arbeitsplans wie „Auswärtiger Handel“ oder „Internationaler Austausch“ und „endlich der Weltmarkt“ (MEW 42: 42, 188; MEW 25: 247 ff.) hinaus - keine definitive Passage finden: Dass etwas teils „außer Landes“ „ausgetauscht“ wird (MEW 26.1: 199) oder die Zusammenhänge im Verhältnis zwischen Konkurrenz-, Partner und Entwicklungsländern waren nicht sein Thema (vgl. MEW 25: 839) und können heute nur durch reproduktionstheoretische Modellierungen und Simulationen über die Kapitaltheorie hinaus dechiffriert werden.<sup>30</sup>

Die neue große Expansion, die neoliberale Globalisierung, ging einher mit der Konstituierung erweiterter, liberalisierter Wirtschaftsräume in allen Geosphären, wie im besonderen Fall der Europäischen Union. Dazu gehören internationale Wirtschafts- und Handelsabkommen, speziell Investitionsschutzabkommen, und die möglichst allseitige Erschließung von Investitions- und Produktionsfeldern. Hinzu kommt der Vorteil aus Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer und die Organisation internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten (MEW 25: 242 ff.). Im Kontext der Steigerung des Wachstums und weltökonomischen Verkehrs wirken die kapitalökonomischen Tendenzen zur sozialen Polarisierung, ökonomischen Peripherisierung, zur Erzeugung disparitätischer Handels-, Wirtschafts- und Finanzbeziehungen und zur Überforderung der Umwelt weiter mit.

Im Zusammenhang der jetzt auf höchstem Niveau weitertreibenden „widerspruchsvollen Bewegung“ (MEW 23: 28) bleiben die Exportorientierung und der Expansionsdrang entscheidende Momente: Dieser spezifisch kapitalwirtschaftliche Internationalismus oder Imperialismus ist eine absolute Entwicklungs- und Überlebensbedingung, eine systemisch notwendige, im ökonomischen Kalkül verankerte Zwangsveranstaltung.<sup>31</sup> Diese nötigt den darauf ausgerichteten Gesellschaften entsprechende sozialökonomische Strukturen auf, verwandelt sie tendenziell in Werkbänke für internationale Konzerne und bewirkt die rücksichtslose Infiltration des Kapitals in alle weltgesellschaftlichen Terrains. So lief die Entwicklung der Weltwirtschaft darauf hinaus, dass sich ein hierarchisch und geographisch strukturiertes, kapitalistisches „Weltsystem“ konstituierte. Es stellt eine gegenüber den staatlich verfassten Gesellschaften mehr oder weniger verselbständigte, gleichwohl durch sie mitten hindurch gehenden Ebene dar. Als Operateure dieser Praktikizität entwickelten sich weltwirtschaftlich agierende Unternehmen, aus denen eine „Oligarchie gigantischer multinationaler Firmen“ (vgl. Crouch 2011b) und die „neuen Finanzakteure“ (Rügemer 2020) herausragen. Freihandelsabkommen sollen die Schleusen für den sich erweiternden Wirtschaftsverkehr öffnen, etwa das zwischen der „Liberalisierungsmaschine“ EU (Streeck) und den USA verhandelte TTIP, oder CETA und EU-Mercosur, sonstige bei der WTO notierte Handelsabkommen, und seit 2020 die „Regionale, umfassende Wirtschaftspartnerschaft“ RCEP im pazifischen Raum, die nunmehr größte Freihandelszone der Welt.

---

<sup>29</sup> In dem Zusammenhang gibt es Hinweise auf die Rolle von Auslandsinvestitionen und zum Verhältnis zu Ländern, „wo die kapitalistische Produktionsweise nicht entwickelt“ ist (MEW 25: 261-270, 266, 267). Es sind Vorverweise auf die Phase der neoliberalen Globalisierung und Erörterungen mit Bemerkungen zum „Übergang“ aus der kapitalistischen in die „assozierte“ Produktionsweise (MEW 25: 456 f.).

<sup>30</sup> Mit dem Problem hat Rosa Luxemburg, die seinerzeit beste Kennerin der Marx'schen Wert-, Reproduktions- und Akkumulationstheorie gerungen (vgl. Luxemburg 1990: 300 ff.) und eine andere Lösung anvisiert (vgl. Müller 2002a).

<sup>31</sup> Der mit etwa 40% des BIP überbordende Export bzw. exzessive Leistungsbilanzüberschuss des „Modell Deutschland“ bedeutet eine extraordinäre, auf Dauer gefährdete oder kaum haltbare Vorteilsposition. Daher die begründete Vermutung: „Das deutsche Exportmodell hat keine Überlebenschance“ (Steinhardt 2020).

Die Gründe für die noch anhaltende Offensive und auch Siege des Kapitals in der Weltarena, seinem nicht unblutigen Circus Maximus, fallen in bestimmter Hinsicht noch unter die Rubrik „entgegenwirkender Ursachen“ (MEW 25: 249), die den Fall der Profitrate aufhalten. So konnte für die Periode ab der 80er und nach dem Zusammenbruch der Staatsplanwirtschaften im Osten der Eindruck einer verstörenden Erfolgsstory und schließlich eines „befremdlichen Überlebens des Neoliberalismus“ (Crouch 2011a) entstehen. Nun aber führt die Entwicklung aufgrund der weiter treibenden widersprüchlichen Verhältnisse und Praxeologie zunehmend zu inneren Verspannungen der sozioökonomischen Konfiguration. Es handelt sich um ein Stadium der Austerität und des Autoritarismus im Innern und zugleich wachsender kontradiktorischer Konkurrenz um Partnerstaaten, Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Investitionsfelder, um Einflusszonen, wobei Freihandel und Protektionismus stets ein widersprüchliches Paar bilden.

### **Das Umschlagen sozial- und weltkapitalistischer Verhältnisse**

Nach der schon ein halbes Jahrhundert währenden Boom- und Expansionsphase mündete die Entwicklung, nunmehr auf dem im 21. Jahrhundert erreichten *äußersten*, weltökonomischen Niveau, in einen Wetterumschlag: Zunehmend macht sich eine Rückschlagstendenz, eine Tendenz zur implosive Umkehrung innerhalb der neoliberalen Globalisierung geltend und drängt in Richtung gesellschaftlicher Neuerungen, Richtungsentscheidungen und Umwälzungen. „Der beginnende Rückschlag oder die Implosion der Globalisierung“ wurde bereits im Vorhergehenden, im Anschluss an die Untersuchung der multipolaren Weltsituation, in allgemeinen Grundzügen aufgezeigt: Ganz praktisch tritt {457} an die Stelle der Rhetorik und Praktiken eines freien Welthandels, an Stelle der papiernen Bekenntnisse zur Kooperation in essentiellen Fragen wie etwa dem Klima und der Migration, der Weltwirtschaft und dem Frieden, an Stelle der erhofften Weltinnenpolitik entsprechend der Idee der Vereinten Nationen und der Menschenrechtserklärungen, zunehmend etwas anderes. Aus der bedrängten Situation heraus erwachsen Versuche von eigenen Vorteilsnahmen, protegierende Maßnahmen besonders für „systemrelevante“ Firmen und Produktionen, geostrategische, imperiale Strategien, Boykottversuche und Sanktionserlasse, Währungs- und Wirtschaftskriege gegen konkurrierende oder unliebsame Staaten und andere Wirtschaftszonen.<sup>32</sup>

„Doch was wir derzeit erleben, erscheint im Rückblick als ein kontinuierlicher Prozess schrittweisen Niedergangs, der sich zwar hinzieht, aber umso unerbittlicher durchsetzt. Die Erholung nach gelegentlichen „Reinigungskrisen“ ist das eine, aber die Auflösung einer Verkettung von Langzeittrends, die einander wechselseitig verstärken, wäre etwas ganz anderes“ (Streeck 2015: 100). Dazu fällt noch ein: „Alle wichtigen Theoretiker des Kapitalismus (haben) dessen bevorstehendes Ableben vorausgesagt. Das gilt nicht nur für radikale Kritiker wie Marx oder Polanyi, {454} sondern auch für bürgerliche Theoretiker wie Ricardo, Weber, Schumpeter, Sombart und Keynes“ (Streeck 2015: 107).

In der jetzigen Situation kommt es allerdings darauf an, das Konzept des historischen „Übergangs“ (Wallerstein 2002) ernst zu nehmen: „Endlich der Weltmarkt“, der „schon die Übergangsbedingung aus ihm selbst enthält“, und die „Krisen“, die zur „Annahme einer neuen geschichtlichen Gestalt“ drängen {458} (MEW 42: 95, 104, 188; Wallerstein/Müller 2010a: 19 ff.), welche sich eben „im Schoße“ des Bestehenden bereits vorbereitet. Es handelt es sich jetzt um die Phase, in der sämtliche, buchstäblich „alle Widersprüche zum Prozess kommen“ (MEW 42: 154). Genauer besehen bietet die Konstellation dieser „Widersprüche“, also der mit- und gegeneinander in Prozess gesetzten, realperspektivischen Praxis- und Prozesszusammenhänge<sup>33</sup> dieses Bild: Es sind die Widersprüche alias Probleme der neoliberal zugerichteten Sozialstaatlichkeit akut, sodann der Widerspruch zwischen der wesentlich selbstbezüglich dimensionierten sozialkapitalistischen Formierung und der Ebene des relativ verselbständigten kapitalistischen Weltsystems, vor allem aber auch der essenzielle,

<sup>32</sup> Eine Spitze dieser Politik ist die Instrumentalisierung „westlicher Werte“, das heißt Propaganda, Sanktionen und Interventionen unter dem Vorwand von Bürger- und Menschenrechten, die zugleich von eigenen Untaten ablenken. Auch die EU beansprucht, wie die USA aufgrund des „Magnitsky Act“, solche globalen Sanktionen unter dem Titel „Global Human Rights Sanctions Regime“ zu verhängen.

<sup>33</sup> Bei der Besprechung von G.H. Mead, im Kapitel „Praxisperspektiven und gesellschaftliche Synthesis“ wurde „Praxisperspektive“ als unerlässliches Element einer konkreten Realitätsauffassung und „sozialanalytischer Grundbegriff“ erläutert.

formationelle Widerspruch zwischen der sozialstaatlichen Praxisformierung als solcher und der sich darin mehr oder weniger latent kristallisierenden Systemalternative.

Die dialektische, praxisanalytische Problemexposition für diese Konfiguration widersprüchlicher Praxis fokussiert damit anders als eher krisentheoretische Ansätze. Diese verweisen vor allem auf ein „Ende der Megamaschine“ (Scheidler 2015), bereiten auf eine „lange und schmerzhafteste Periode kumulativen Verfalls“ des „chronisch funktionsgestörte(n)“ Wirtschafts- und Gesellschaftssystems vor (Streeck 2015: 108) oder erörtern gar einen möglichen „dialektischen Umschlag eines zunehmenden dysfunktionalen und delegitimierten Kapitalismus in den Sozialismus.“ (Radic 2019: 18, 232 ff.). So können aber nur mehr oder weniger einleuchtende sozialkurative Maßnahmen oder transformatorische Szenarien aufgezeigt werden, die sich gerne in Appellationen für Solidarität, Demokratie, Nachhaltigkeit, Frieden und weit ausholende „Erzählungen“ verlieren.

### **Die Wendekraft beruht auf einem neuen Produktivkraftensemble**

Woher speist sich also die Hoffnung auf eine *praktisch* mögliche positive Wendung? „Optimismus ist ... eine notwendige historische Bedingung“, um „emotionale Kräfte“ freizusetzen, und „Durchbrüche könnten möglich werden, wenn in das Nachdenken und Diskutieren über Alternativen genügend Unterstützung und öffentliche Aufmerksamkeit eingeht (Wallerstein 2002; 2014: 15). Auch aus geschichtlicher Belehrung ist dem zunächst hinzuzufügen: Wenn es die gesuchte, prinzipielle Alternative gibt, beruht deren Freisetzung auf keinem zwingenden Tendenzgesetz zum Höheren hin. Es handelt sich um eine Möglichkeit, über deren Realisierung in einem noch offenen Ringen, an einer gesellschaftsgeschichtlichen Wegscheide, vielleicht im Laufe einiger Jahrzehnte entschieden wird.

Verstrickt ins Unmittelbare und angesichts täglicher Weltnachrichten erscheint die Wende allerdings ferner denn je. Die an diesem Punkt gewöhnlich sofort aufgeworfene Frage gilt den Subjekten oder gesellschaftlichen Kräften, auf die man setzen könnte. Noch vorher wäre allerdings die Frage nach der realen Prozessualität eines formationellen Wandels zu stellen: Das klassische Geschichtsprzessschema von Krise, Revolution und Neubau führt hier in bestimmter Hinsicht in die Irre: Marx hat die Prozessfigur eines prozessualen Übergangs, damals noch für den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, einmal kurz und klar so beschrieben: „Es ist zu bedenken, dass die neuen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sich nicht aus *Nichts* entwickeln noch aus der Luft, noch aus dem Schoß der sich selbst setzenden Idee; sondern *innerhalb und gegensätzlich* (Hervorhebung - H. M.) gegen vorhandene Entwicklung der Produktion und überlieferte, traditionelle Eigentumsverhältnisse“ (MEW 42: 203). Der Begriff des „latenzhaltigen Sozialkapitalismus“ versteht sich jetzt ganz in diesem Sinne und bildet die Ausgangsbasis für die im Folgenden angestrebte Transformationsanalytik.

Aus dem ergibt sich erst jetzt auch die Antwort auf die vorherige Frage nach dem „revolutionären Subjekt“: Keine soziale Klasse und politische Bewegung, keine wissenschaftlich-technische Umwälzung oder sonstige wirkmächtige Institutionalität wäre *als solche allein* in der Lage, die nötige Geburtshilfe für das Neue zu leisten. Die spengenden „Produktivkräfte“ (vgl. MEW 13: 9) oder die Potenzialität, die gegen die kapitalistische

Formierung und Weltgewalt wirksam aufgebieten werden können, sind weder nur in herkömmlich bestimmten Klassenverhältnissen<sup>34</sup> noch in einem Volkssturm von Einsichtigen und Empörten zu finden. Sie kann nur in einem ganzen Produktivkraftensemble liegen, das heißt einer vorkonfigurierten [459] neuartigen gesellschaftlichen Praxisformierung mitsamt damit assoziierten oder assoziierbaren gesellschaftlichen Subjekten, Ideen und gesellschaftlichen Potenzialen aller Art. Dem kommt nahe, dass es heute „keine privilegierten Punkte“, etwa „objektive Interessen“ oder vorbestimmte „soziale Agenten“, „für die Freisetzung einer sozialistischen Praxis gibt.“ Die Konstituierung dieser Praxis hänge von einem „Kollektivwillen“ ab, „der mühsam von einer Anzahl ungleicher Punkte konstruiert wird.“ (Mouffe/Laclau 2006: 125 f.) – eine Allianz, die ohne Bezug auf eine konkrete Alternative unkonstruierbar wäre oder haltlos bliebe.

Der Ausweg muss also primär unter Bezugnahme auf eine im Inneren konkreter Gesellschaften wachsende, politisch-ökonomische Gegenkraft und Alterität gesucht werden. Damit wird zugleich ein

<sup>34</sup> Die Schwierigkeiten der Fokussierung auf Klassenverhältnisse und Klassenkämpfe reflektiert das „Editorial: Probleme des Klassenkampfes – heute“ (PROKLA-Redaktion 2020). Einen „Crashkurs Klassenanalyse“ bietet Candeias (2021) an.



früher, hoch fliegender Gedanke von Marx epochal entzerrt und geerdet: Dass unter den letztendlich „unerträglichen Mächten“ des Weltkapitalismus die „kommunistische“ Bewegung, die zu einer Begründung der Gesellschaft in einem höheren Modus bewusster Selbsterzeugung und Gemeinschaftlichkeit führt, „empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker auf einmal oder gleichzeitig möglich“ (MEW 3: 55) sei. Es hieß, sonst könnte er „nur als eine Lokalität“, das heißt wahrscheinlich nicht auf Dauer existieren.<sup>35</sup>

Die Schlussfolgerung lautet, dass die Frontfrage nach der konkreten Alternative und höheren Zivilisation heute in den Kontext einer konkreten und positiv orientierten, reproduktionstheoretischen und praxiswissenschaftlichen Transformationsforschung transponiert werden muss. Nach allem Bisherigen liegt der erfolgversprechende Ansatz dazu im Bezug auf die „real existierende“ Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus.

---

Empfohlene Zitierung: Horst Müller, **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert**. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative. **2. vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage**. Books on Demand, Norderstedt 2021. Auszug des Abschnitts: 9.3 Die Formierung des latenzhaltigen Sozialkapitalismus. S. 462-490. Stand: 01.06.2021.

**Kontakt zum Autor:** [dr.horst.mueller@t-online.de](mailto:dr.horst.mueller@t-online.de)

**Webseite:** <https://www.praxisphilosophie.de>

**Weitere Informationen zur Publikation:**

[https://www.praxisphilosophie.de/das\\_konzept\\_praxis\\_im\\_21\\_jhd\\_312.htm](https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm)

---

<sup>35</sup> Die Geschichte der kubanischen Revolution seit dem Sturz der Batista-Diktatur 1959 bis heute ist ein Experiment solcher „Lokalität“: Seit 1962 haben die USA eine Wirtschaftsblockade verhängt. Seit 1992 wird diese Blockade von der UN-Vollversammlung verurteilt und die Aufhebung aller Sanktionen gefordert. Jetzt wurde eine neue Wirtschaftsstrategie eingeleitet. Ein Sonderheft „Kuba und seine wirtschaftliche und soziale Herausforderung“ gibt Auskunft.